

Schulen im Team voranbringen!

Der Landesvorstand möge beschließen:

DIE LINKE. Berlin versteht die flächendeckende Etablierung multiprofessioneller Kollegien als Chance, um den Lern- und Arbeitsort Schule nachhaltig weiterzuentwickeln und so die Lern- und Arbeitsbedingungen für alle Beteiligten zu verbessern. Ihre Vertreter*innen in Abgeordnetenhaus und Senat setzen sich deshalb für die folgenden Punkte ein:

(I) Flächendeckende Verbesserungen bei der Personalzumessung im pädagogischen Bereich

- **Pädagogische Unterrichtshilfen, Betreuer*innen, Schulassistent*innen** bzw. **Schulhelfer*innen** müssen Teil der Basiszumessung des weiteren pädagogischen Personals an allen Berliner Schulen werden.
- Für **Sozialarbeiter*innen** streben wir mittelfristig ein Verhältnis von einer Stelle pro 150 Schüler*innen an. Schon jetzt müssen Schulen im Bonus-Programm und große/sehr große Schulen auch mehr als eine Stelle aus dem Landesprogramm Schulsozialarbeit erhalten können. Aus anderen Quellen finanzierte Stellen für Schulsozialarbeit bleiben davon unberührt.
- Die Pandemie hat offengelegt, wie groß die Defizite im Bereich der psychosozialen Versorgung von Kindern und Jugendlichen sind. Neben der Stärkung der SIBUZ streben wir deshalb auch einen deutlichen Ausbau der Stellen für **Psycholog*innen an Schule** an. Dafür müssen entsprechende Strukturen geschaffen werden.
- Die **Umsetzung** dieser Personalverbesserungen soll zuerst an Schulen mit hoher Schultypisierung erfolgen und **stufenweise** auf alle Berliner Schulen ausgeweitet werden.

(II) Flächendeckender Personalausbau im technischen und administrativen Bereich

- Die Ausstattung mit **Verwaltungsleitungen** muss vorangetrieben werden: Jede Schule benötigt eine volle Stelle, große und sehr große Schulen entsprechend mehr. Die Ausstattung mit **Schulsekretär*innen** bleibt davon unberührt. Perspektivisch müssen zusätzliche Formen der administrativen Entlastung gefunden werden.
- Jede Schule – egal ob allgemeinbildend oder beruflich – braucht eine*n eigene*n **IT-Administrator*in**, große und sehr große Schulen entsprechend mehr.
- Neben den **Schulhausmeister*innen** müssen auch die im Zuge der bevorstehenden Kommunalisierung der Schulreinigung perspektivisch wieder im öffentlichen Dienst beschäftigten **Reinigungskräfte** fester Bestandteil der Schulgemeinschaften werden, indem sie fest einer Schule zugeordnet werden.

(III) Flexible weitere Unterstützung durch ein Personalkostenbudget

- Darüber hinaus müssen Schulen in die Lage versetzt werden, **eigenverantwortlich zusätzliches Personal** (z. Bsp. Gesundheitsfachkräfte, Ergotherapeut*innen, Lerntherapeut*innen, Logopäd*innen etc.) entsprechend ihrer jeweiligen Bedarfslage fest einzustellen, wenn möglich im öffentlichen Dienst. Dafür erhalten sie ein **Personalkostenbudget**, gestaffelt nach Schulgröße, Schultypisierung und Schulart. Das

Budget soll zuerst an Schulen mit hoher Schultypisierung eingeführt und stufenweise auf alle Berliner Schulen ausgeweitet werden.

- Die Schulkonferenz muss ein **Mitspracherecht** bei der Verwendung dieser zusätzlichen Mittel erhalten. Basis dafür ist ein Vorschlag der Gesamtkonferenz.
- Die **Möglichkeit der Umwandlung** (nicht besetzbarer) Lehrkräfte-Stellen in andere Professionen sollte während des andauernden Lehrkräftemangels erhalten bleiben und besser an die Schulen kommuniziert werden. Dabei muss auch zukünftig klar sein, dass umgewandelte Lehrkräfte-Stellen nicht dauerhaft entfallen und dass die Einstellungen im öffentlichen Dienst erfolgen.

(IV) Notwendige Rahmenbedingungen

- Multiprofessionalität lebt von **Kooperation auf Augenhöhe**. Dafür braucht es klare Strukturen, die nötige Haltung und fest vorgesehene Zeiten für Absprachen und Austausch. Alle unmittelbar mit Schüler*innen arbeitenden Professionen benötigen deshalb **Teamstunden** als festen Teil ihrer Arbeitszeit.
- Insbesondere in der Einführungsphase multiprofessioneller Teams brauchen die Kollegien zusätzliche Unterstützung in Form von **Fortbildungen, Coachings und Supervisionen**.
- Die verschiedenen Professionen benötigen **Arbeitsplätze und klare Personalstrukturen**. Zudem müssen sie angemessen **in den schulischen Gremien vertreten** sein.
- Das Arbeiten im **gebundenen Ganzttag** mit seiner Rhythmisierung verstehen wir als zusätzliche Gelingensbedingung für die flächendeckende Etablierung multiprofessioneller Teams.

Begründung:

Schule ist schon lange mehr als ein Ort der reinen Unterrichtsversorgung. Im Zuge des Ganztagsausbaus arbeiten an Berliner Grundschulen, ISSen und Gemeinschaftsschulen Lehrkräfte, Erzieher*innen, Schulsozialarbeiter*innen und andere pädagogische Professionen seit Jahren Hand in Hand zusammen. Auch im technischen und administrativen Bereich wurde das Personal in den letzten Jahren deutlich aufgestockt. Diesen Prozess gilt es auf Grundlage des beschriebenen Konzepts fortzusetzen.

Durch das Bekenntnis zur inklusiven Schule, insbesondere aber durch den virulenten Lehrkräftemangel hat die Debatte um die Etablierung multiprofessioneller Teams bzw. – präziser formuliert – multiprofessioneller Kollegien zusätzlich an Fahrt aufgenommen. Sie dürfen aber kein Sparmodell werden. Stattdessen geht es darum, den Lern- und Arbeitsort Schule durch neue Kompetenzen und Perspektiven weiterzuentwickeln und so die Lern- und Arbeitsbedingungen für alle Beteiligten nachhaltig zu verbessern.

Bestimmte Berufsgruppen – neben Lehrkräften, Erzieher*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Schulsekretär*innen, Verwaltungsleitungen und den bei den Bezirken beschäftigten Hausmeister*innen denken wir vor allem an Pädagogische Unterrichtshilfen, Betreuer*innen, Schulhelfer*innen, IT-Administrator*innen, Psycholog*innen und Reinigungskräfte – müssen fester Bestandteil aller Schulgemeinschaften werden. Darüber hinaus sollen die Schulen im Zuge der eigenverantwortlichen Schule durch ein Personalkostenbudget in die Lage versetzt werden, entsprechend ihrer jeweiligen Problemlagen und/oder Schwerpunktsetzungen zusätzliches Personal einzustellen.

Für die erfolgreiche Zusammenarbeit der verschiedenen Professionen müssen die zugehörigen Rahmenbedingungen an den Schulen geschaffen werden. Das betrifft sowohl die Ebene der unmittelbaren Kooperation als auch Mitspracherechte der neuen Berufsgruppen in den schulischen Gremien.